

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 86 B 46 ppbn d

Inhalt

Klaus Wettig MdEP fordert eine neue Gemeinsamkeit in der Agrarpolitik: EP zeigt Weg aus der Krise.

Seite 1

Horst Sielaff MdB verurteilt die Unterstützung, die Bundeskanzler Kohl den Vertriebenenverbänden gewährt: Belastung unserer Ostpolitik.

Seite 3

Dokumentation
Der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, Heinz Galinski, sieht die Juden hierzulande heute „der schlimmsten Feindseligkeit seit 1945“ ausgesetzt. Wir dokumentieren eine Passage aus der Rede, die Galinski am Sonntag in Berlin hielt.

Seite 5

41. Jahrgang / 75

21. April 1986

EP zeigt Weg aus der Krise

Höchste Zeit für neue Gemeinsamkeiten in der Agrarpolitik

Von Klaus Wettig MdEP
Stellvertretender Vorsitzender des Agrarpolitischen Ausschusses des SPD-Vorstandes

Die Spatzen pfeifen es von den Dächern, aber die oberen Etagen haben ihre Ohren auf Durchzug gestellt: Die Zeit ist reif für eine Reform der EG-Agrarpolitik. Sie ist nicht nur reif - es liegen jetzt auch konkrete Vorschläge von EG-Kommission und Europäischem Parlament vor, wie wir wieder zu einer Agrarpolitik kommen können, die nicht Gräben aufreißt, sondern von der Mehrzahl der Europäer akzeptiert wird.

Die Politiker müssen das Vertrauen der Bauern und der Verbraucher in die EG-Agrarpolitik zurückgewinnen. Dabei kommt es nicht vordergründig auf die Preisgestaltung an, sondern es geht darum den Landwirten eine zukunftsorientierte Perspektive zu eröffnen. Der Agrarpreis-Beschluß des Europäischen Parlaments vom vergangenen Donnerstag beweist, daß es möglich ist, in Übereinstimmung mit den Vorstellungen der EG - Kommission Reformansätze für eine Lösung des Agrar-Dilemmas zu entwickeln. Die Vorstellungen der EP-Mehrheit finden auch eine zunächst noch heimliche Zustimmung bei einer großen Zahl von Agrarpolitikern der Union, die es allerdings noch nicht wagen, ein klares Wort zu sprechen. Dabei ist es jetzt höchste Zeit. Die Unionspolitiker dürfen sich nicht länger einer neuen gemeinsamen Agrarpolitik der Europäischen Gemeinschaft verweigern.

Das EP schlägt - in etwa auf der Linie der Kommission - eine vorsichtige Preispolitik vor, die durch direkte Einkommensbeihilfen ergänzt werden soll. Deutlicher als die Kommission stellt die EP-Mehrheit fest, daß die EG-Überschuß- und -Lagerpolitik nur durch eine strukturelle Änderung überwunden werden kann - Sonderaktionen erreichen bestenfalls eine punktuelle Entlastung. Bedeugend ist auch die Empfehlung, den EG-Agrarhaus-

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Verpackung: Umwelt
nur recycelte Rohstoffe
Recycling-Papier



halt durch ein Mehrjahressystem mit Verstärkung der direkten Einkommenshilfen umzustellen. Dazu gehört auch die Forderung, die Mittel für die Agrarstrukturpolitik von bisher fünf auf 25 Prozent der gesamten Agrarkosten umzustellen und die daraus resultierenden Mehrkosten durch eine behutsame Preispolitik auszugleichen.

Bei den einzelnen Produktgruppen empfiehlt das Parlament mit deutlicher Mehrheit unter anderem beim Getreide die vorsichtige Preispolitik durch Festlegung höherer Qualitätsmaßstäbe und die Einführung einer Mitverantwortungsabgabe zu ergänzen. In der Milcherzeugung sollen die Produktionsquoten von Landwirten mit über 60.000 Liter Milch pro Jahr um drei Prozent gekürzt werden. Dafür soll die Mitverantwortungsabgabe wegfallen. Für den Rindfleischsektor sollte es Interventionen der EG nur noch bei saisonal bedingten Produktionsschwankungen geben; ein System direkter Beihilfen und angemessener Prämien für hochwertige Viehzucht-Produktion sollte für Ausgleich sorgen.

Die deutsche Antwort auf diese Fragen muß wohl erwogen werden. Die Problemlösung steht auf der Tagesordnung - heute bei der nächsten Runde um die Agrarpreise.

Die Bundesregierung muß über ihren Schatten springen. Ihre agrarpolitische Linie führt sie im Agrarministerrat mehr und mehr in die Isolation. Nationale Beihilfen wird sie nur gegen den Widerstand aller anderen durchsetzen können. Noch heute wird ihr verübelt, daß sie mit ihrem Veto-Sündenfall gegen das bis zu Kiechles Amtsantritt bewährte System der gemeinsamen Lösungen verstoßen hat. Das deutsche Beihilfe-Projekt hat zudem denkbar ungünstige Karten. Nachdem EG-Kommissar Andriessen angekündigt hat, daß er den deutschen Alleingang für nationale Beihilfen nicht unterstützen wird, muß Kiechle nämlich einen einstimmigen Beschluß der Agrarminister für diesen Plan herbeiführen.

Vollends ungläubwürdig wird vor dem Hintergrund dieser Politik Bundesfinanzminister Stoltenberg, der einerseits in der EG auf eine strenge, nahezu selbstvernichtende Haushaltsführung drängt, aber für nationale Subventionen die Milliarden zum Fenster herausschmeißen will.

Dabei wird die Interessenlage der deutschen Landwirte wie der deutschen Industrie nur noch unzureichend beachtet. Auch die deutschen Bauern brauchen eine EG-einheitliche Lösung, weil sie wegen ihrer beträchtlichen Agrarexporte in die anderen EG-Länder auf den gemeinsamen Markt angewiesen sind. Und die deutsche Industrie möchte ihre Exporte in die anderen EG-Länder auch nicht durch absonderliche Wirtschaftsbeschlüsse der Regierung gefährdet sehen. Schließlich kann es auch nicht angehen, die europäische Integration durch eine verfehlte deutsche Agrarpolitik zu sprengen.

Die Bundesregierung muß im EG-Ministerrat ihrer politischen Verantwortung wieder gerecht werden. Dabei darf sie keine Zeit versäumen.

(-/21.4.1986/rs/ks)

* * *



Der Kanzler und die Vertriebenenverbände

Mit seinem Engagement belastet Kohl unsere Ostpolitik

Von Horst Sielaff MdB
Vorsitzender des Zentralverbandes Mittel- und Ostdeutscher (ZMO)

Als der neue polnische Außenminister vor kurzem seinen ersten offiziellen Besuch in der Bundesrepublik abstattete, sprach er davon, daß sich das allgemeine Klima zwischen Ost- und Westeuropa verbessern müsse. Von zentraler Bedeutung sei dabei, daß die Diskussion um die Grenzen von 1937 endgültig in der Bundesrepublik beendet werde. Die Bundesregierung betonte ihrerseits die Absicht, das Verhältnis zwischen Deutschen und Polen weiterhin zu verbessern und auszubauen.

Aufmerksame Beobachter erinnern sich an die Bestürzung anderer polnischer Politiker über die „Zweigleisigkeit“ der derzeitigen Bonner Ostpolitik. Einmal die „Anerkennung des status quo der Grenzen in Mitteleuropa“, zum anderen aber auch die „Relativierung der derzeitigen territorialen Ordnung“. Offensichtlich begreifen weder der Bundeskanzler noch seine Kabinettsmitglieder, daß diese ambivalente Haltung außerhalb der Bundesrepublik nach wie vor irritieren muß: die „Offenhaltung“ des territorialen Besitzstandes eines fiktiven „Deutschen Reiches in seinen Grenzen von 1937“ für später vielleicht günstigere Zeiten einer Neuordnung Europas.

Daß diese Befürchtung nicht so ganz unbegründet ist, und man in gewissen Kreisen derzeit noch nicht einmal die illusionären „Grenzen von 1937“ tatsächlich festschreiben möchte, die seinerzeit ohnehin eine qualifizierte Mehrheit nicht wollte, als sie noch bestanden („Schandgrenzen von Versailles“) soll an mehreren Beispielen belegt werden. Man beachte dabei insbesondere neue Sprachregelungen!. Ottfried Hennig, Sprecher der Ostpreußischen Landsmannschaft, der auch Memelländer angehören, aber zugleich auch CDU-Staatssekretär im Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, anläßlich des kürzlichen „17. Bundestreffens der Memelländer“ (14./15. September 1985 in Mannheim): ... „Das Memelland gehörte zweifellos zum Friedensbestand des Deutschen Reiches, das weder durch die militärische Kapitulation noch durch Okkupation 1945 untergegangen ist... Die Wahrung dieses Rechtsanspruches ist notwendig, um bei kommenden friedensvertraglichen Verhandlungen möglichst viel von Deutschland herauszuholen...“

Diese Formulierung verdeutlicht einmal mehr, warum man die „deutsche Frage offenhält“: wieder einmal, wie schon nach 1918/19 das Warten auf einen günstigeren Augenblick. Wenn dies außerhalb der Bundesrepublik beunruhigt; sollte man sich nicht wundern....

Noch mehr überrascht womöglich in diesem Zusammenhang die neue Formel vom „Friedensbestand des Deutschen Reiches“: Gewiß wurde das Memelland noch fünf knappe Monate vor Kriegsausbruch „heimgeholt ins Reich“, aber nur mit Hilfe eines erpresserischen Ultimatums von Hitler vom 22. März 1939. Dazu ergänzte unbekümmert der memelländische Sprecher Herbert Preuß: „Diese Regelung bleibt rechtsgültig, weil sie von den Engländern damals nicht angefochten war...“ Eine sonderbare Argumentation. Immerhin angesichts der Tatsache eines - wenn auch sehr fahnen - Londoner Protests aus jener Zeit.

Am 15. Juni 1985 unterstrich der Staatssekretär Hennig: „Die deutsche Frage ist durch die (Ost-) Verträge keineswegs geregelt... Es geht um das Selbstbestimmungsrecht... In diesem Sinne ist Deutschlandpolitik zugleich europäische Wiedervereinigungspolitik.“ Danach ist wohl für das Kabinettsmitglied nicht nur die „deutsche Frage“, sondern der ganze „Ostraum“ wieder offen.

Auf dem Sudetendeutschen Tag 1985 war ebenfalls die Rede davon, den „Raum des Sudetenlandes in ein neues Europa einzubringen“ und damit wurden Ansprüche auch auf heute eindeutig tschechoslowakische Territorien erhoben.



Und jetzt kündigt der Bundeskanzler an, auf dem diesjährigen Sudetentreffen zu sprechen. Die „Sudetendeutsche Zeitung“ jubelt bereits: „... Dr. Helmut Kohl ist der erste Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland, der auf einem Sudetendeutschen Tag sprechen wird.“

In Prag ist man natürlich darüber verärgert, daß Kanzler Kohl nach seinem Auftritt vor der „Schlesischen Landsmannschaft“ im vergangenen Jahr sich diesmal bei dem bevorstehenden Pfingsttreffen der „Sudetendeutschen Landsmannschaft“ in München demonstrativ zur Schau stellen will. Jan Kovarik, der Bonner Korrespondent des Prager Zentralorgans „Rudé Právo“, stellte seinen berechtigterweise indignierten Kommentar unter die Überschrift „Im Schlepptau der Sudetendeutschen“, obwohl noch keineswegs klar ist, ob Kohl nur „im Schlepptau“ von derartigen landsmannschaftlichen Provokationen ist - gestern dasjenige der Schlesier, heute das der Sudetendeutschen - oder solche Provokationen womöglich selbst ganz bewußt setzt, um osteuropäische Nachbarn in dreister Weise herauszufordern und dadurch die frühere Ostpolitik der sozialliberalen Koalition nach und nach aufzuheben.

Bei der Sudetendeutschen Landsmannschaft ist jetzt noch alles um einige Grade entlarvender als bei den „Schlesiern“, liegt doch das „Sudetenland“ ganz eindeutig jenseits der „Grenzen von 1937“ und wurde unter zynischem Mißbrauch des ebenso genannten „Selbstbestimmungsrechts“ von Hitler nach vorangegangener Zerschlagung der Tschechoslowakei brutal annektiert, wie zuvor Österreich. Wenn es wirklich noch eines Beweises bedurft hätte, daß die „Grenzen von 1937“ für viele landsmannschaftliche Gruppen längst obsolet sind und schon die Grenzen von 1939 anvisiert werden unter der ominösen Formel „Friedens-Besitzstand des Deutschen Reiches“, dann ist das bevorstehende Auftreten des Bundeskanzlers vor der Sudetendeutschen Landsmannschaft nur Symptom.

Im Kommentar der „Rudé Právo“ heißt es:

„Erstmals wird sich also ein Bonner Bundeskanzler an den provokatorischen Aktionen der sogenannten Sudetler beteiligen: noch nicht einmal in den Zeiten des Kalten Krieges war es ihnen gelungen, den ersten Mann der Regierung am Rhein für ihr Theater zu gewinnen... Das 37. Pfingsttreffen der sogenannten Sudetendeutschen soll unter dem irreführenden Motto stehen: ‚Gerechtigkeit schafft Frieden‘. Hinter diesen, die europäische Friedenssehnsucht ansprechenden Formel steht freilich in Wirklichkeit nur das Sehnen nach Rache, nach Vergeltung und, viele von ihnen verbergen es gar nicht, auch nach tschechoslowakischem Territorium... Bonns gegenwärtiger Kanzler mag glauben, sich durch ein derartiges Engagement der Wahlunterstützung aller Revanchisten-Bünde Westdeutschlands zu versichern - allein, er muß sich auch darüber im klaren sein, daß er dies in einer Weise tut, welche direkt gegen die Tschechoslowakei gerichtet ist und mit Sicherheit nicht der Verbesserung der zwischenstaatlichen Beziehungen dient. ...“

Der Bundeskanzler wird mit seinem Auftritt in München aber nicht nur das Verhältnis zur CSSR empfindlich stören, sondern die gesamte Ost- und Entspannungspolitik wiederum größten Belastungen aussetzen. Auch das anvisierte bessere Verhältnis zu Polen könnte wiederum einen Dämpfer erhalten. Kann sich der Bundeskanzler, der immer wieder betont, die Ostverträge einzuhalten, wirklich mit den Funktionären der Sudetendeutschen Landsmannschaft solidarisieren, die gerade in diesen Tagen zu der Gewährung von Hermes-Bürgschaften an Polen schreiben: „Polen hat zwei Dinge, die uns interessieren: zunächst deutsche Menschen, nämlich rund zwei Millionen unserer Landsleute - unterdrückt, aller kulturellen Rechte beraubt und sogar an der Ausreise aus dem Pleite-Staat gehindert... Polen hat aber noch etwas anderes, was uns interessiert: Es besitzt unser Land, nämlich Ostdeutschland - unterentwickelt, dünn besiedelt und, von Ausnahmen abgesehen, verkommen.“ (Sudetendeutsche Zeitung vom 27. März 1986).

Da wir wissen, daß dieser Bundeskanzler nicht die Kraft besitzt, sich von solchen entspannungsfeindlichen Aussagen zu distanzieren, kann man nur hoffen, daß die Bevölkerung 1987 durch den Stimmzettel diesem Kanzler das Recht entzieht, für die Mehrheit der Deutschen zu sprechen.

(-/21:4.1986/rs/ks)

* * *



DOKUMENTATION**Heinz Galinski: Schlimmste Feindseligkeit seit 1945**

Der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, Heinz Galinski, hat dazu aufgerufen, antisemitischen Tendenzen energisch entgegenzutreten und sie nicht in der Öffentlichkeit zu dulden. In einer Rede zur Erinnerung an den Aufstand im Warschauer Ghetto vor 43 Jahren sprach Galinski am Sonntag in Berlin von einer „Feindseligkeit“, die die Juden in diesem Land seit 1945 nicht mehr verspürt hätten. Die demokratische Gesellschaft, zu deren Aufbau und Entwicklung die jüdischen Gemeinden erheblich beigetragen hätten, sei es sich selbst schuldig, antijüdischen Tendenzen zu wehren. Wir dokumentieren eine zentrale Passage aus der Rede von Heinz Galinski.

Wir erinnern uns, was jüdischen Menschen während des unmenschlichen Nazi-Regimes widerfuhr, ist ein Teil unserer Geschichte, der furchtbarste Teil unserer Geschichte. Das zu vergessen, dieses Kapitel der Geschichte zu verdrängen wäre gleichbedeutend mit dem Verleugnen unserer Identität. Das betone ich besonders, weil das nationalsozialistische Inferno auch ein Teil der deutschen Geschichte ist.

Wir werden uns stets des Holocaust erinnern, der schrecklichsten Verfolgung, der jüdische Menschen jemals ausgesetzt waren. Wir haben Auschwitz, Buchenwald, Treblinka oder Majdanek nicht überlebt, um uns heute ins Gesicht sagen zu lassen, jüdische Menschen in Israel seien Völkermörder. Wir haben nicht sechs Millionen unserer Menschen verloren, um uns heute wieder antisemitische Beschimpfungen anhören zu müssen. Seit 1945 waren wir einer solchen Feindseligkeit nicht begegnet.

Da erhalten jüdische Bürger Schmäh- und Drohbriefe. Auffallend ist dabei nicht nur der immer rüder werdende Ton, sondern die zunehmende Tendenz, sich mit vollem Namen zu diesen Pamphleten zu bekennen.

Wenn auch nur annähernd das Ergebnis einer Umfrage zutrifft, ein Ergebnis, das nicht nur bei uns Besorgnis hervorgerufen hat, gehen wir nicht davon ab, festzustellen, daß hier zum Teil Suggestiv-Fragen gestellt wurden, die manchmal gerade eine bestimmte Haltung herausgefordert haben. Unsere Kritik haben wir nicht geäußert, um Wahrheiten zu verschleiern, ganz im Gegenteil, wir sind es ja letzten Endes, die gewisse unerfreuliche Ereignisse ans Tageslicht bringen. Ereignisse, die ande-



re bagatellisieren oder leugnen wollen; wenn also es auch nur annähernd zutreffen sollte, daß 15 Prozent der Bevölkerung jüdenfeindlich eingestellt sind, so ist das ein Alarmsignal, denn es handelt sich doch um neun bis zehn Millionen Menschen, ich wiederhole neun bis zehn Millionen. Das sollte doch jedem zu denken geben, insbesondere verantwortlichen Politikern, von denen viele nach wie vor der Meinung sind, es gäbe keinen Antisemitismus. Es sollte auch den Kirchen, den Gewerkschaften und insbesondere den Elternhäusern zu denken geben, ja es sollte uns alle nachdenklich stimmen, daß 40 Jahre nach einem Kapitel der Unmenschlichkeit, begangen an Menschen, die diesem Lande großes Ansehen auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens verschafften, 15 Prozent der Bevölkerung erklären, jüdenfeindlich zu sein. Unfaßbar, daß neun bis zehn Millionen uns gegenüber feindlich eingestellt sind, in einem Land, wo nur noch 28 Tausend Juden leben, wo keine namhaften Positionen in der Politik, in der Gesellschaft, in der Wirtschaft von Juden bekleidet werden.

Ist das etwa kein Antisemitismus, wenn bei bestimmten Vorkommnissen, die Menschen unserer Gemeinschaft betreffen, ich wiederhole, nur bei unseren Menschen, die Religionszugehörigkeit genannt wird. Ich habe noch nie bei Angehörigen anderer Gemeinschaften die Religionszugehörigkeit erwähnt gefunden. Ist das etwa keine Voreingenommenheit?

Latenten Antisemitismus hat es in diesem Land zwar mehr oder weniger immer gegeben, aber, daß er jetzt nicht mehr nur unterschwellig, sondern frei und offen geäußert wird, auch und besonders von politischen Mandatsträgern, das ist neu. Damit keine Zweifel in der Öffentlichkeit auftauchen, möchte ich dazu folgende Feststellung treffen. Für mich als Repräsentanten der jüdischen Gemeinschaft ist es unerheblich, ob ein CSU-Bundestagsabgeordneter, ein CDU-Bürgermeister, ein SPD-Stadtverordneter unverantwortliche antisemitische Äußerungen machen oder Mitglieder der A.L. Stürmerkarikaturen veröffentlichen.

Wer heute antijüdischen Tendenzen Vorschub leistet, darf keinen Platz mehr in einer demokratischen Partei haben. Das ist sich diese Demokratie, zu deren Glaubwürdigkeit auch die Existenz und die Entwicklung jüdischer Gemeinden erheblich beigetragen hat, nicht nur selbst schuldig, sondern auch ihrem Ansehen in der Weltöffentlichkeit, die derartige Entwicklungen immer besonders aufmerksam registriert.

...

(-/21.4.1986/rs/ks)

* * *

